



Bekanntmachung gemäß § 17 Nr. 1 VOL/A

- (a) Bezeichnung (Anschrift) der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind:

Deutscher Bundestag, Verwaltung
Referat ZR 2, 11011 Berlin
Aktenzeichen: ZR 2/15-1310-2009-0230
Tel.: +49 (0) 30 227-34820
Fax: +49 (0) 30 227-36003
E-Mail: vorzimmer.zr2@bundestag.de

Online-Anforderung der Verdingungsunterlagen unter
<http://www.bundestag.de/ausschreibungen>

- (b) Art der Vergabe (§ 3):

Öffentliche Ausschreibung

- (c) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistung (z.B. Empfangs- oder Montagestelle):

Vertrag über die Disposition und Durchführung von Personenbeförderungsleistungen von ca. 18 bis 24 Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PV ER in Straßburg/Frankreich) sind, während der Sitzungswochen der PV ER und am vorhergehenden Wochenende sowie auf besondere Anforderung im Rahmen von einzelnen Ausschusssitzungen in der Zeit zwischen den Plenartagungen durch Mietwagen mit deutschsprachigen Fahrer/innen. Die Fahrten sind in der Regel innerhalb des Stadtgebiets von Straßburg (Abholung von den Hotels und Transport zum Europarat und zurück), zu den Bahnhöfen Kehl und Offenburg sowie zu den Flughäfen Straßburg und Karlsruhe/Baden-Baden durchzuführen. Die Auftragnehmerin muss in den Sitzungswochen mindestens zwei Fahrzeuge (1 Limousine sowie 1 Minibus) mit Fahrer/innen ausschließlich für die Auftraggeberin zur Verfügung stellen. Während der Sitzungswochen der PV ER muss eine 24-stündige persönliche Erreichbarkeit eines deutschsprachigen Mitarbeiters gewährleistet sein.

- (d) Etwaige Vorbehalte wegen der Teilung in Lose, Umfang der Lose und mögliche Vergabe der Lose an verschiedene Bieter

keine

- (e) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:

Die Ausführung der Leistung erfolgt für eine Laufzeit vom 01.11.2010 bis zum 31.10.2012 mit der Möglichkeit für die Auftraggeberin, den Vertrag bis zum 31.10.2013 zu verlängern.

- (f) Bezeichnung (Anschrift) der Stelle, die die Verdingungsunterlagen und das Anschreiben (Nummer 3) abgibt, sowie des Tages, bis zu dem sie bei ihr spätestens angefordert werden können:

Deutscher Bundestag, Verwaltung
Referat ZR 2, 11011 Berlin

Online-Anforderung der Verdingungsunterlagen unter

<http://www.bundestag.de/ausschreibungen>

Anforderungsfrist: 12. Juli 2010

(g) Bezeichnung (Anschrift) der Stelle, bei der die Verdingungsunterlagen und das Anschreiben eingesehen werden können:

siehe a)

(h) Die Höhe etwaiger Vervielfältigungskosten und die Zahlungsweise (§ 20):

entfällt

(i) Ablauf der Angebotsfrist (§ 18):

3. August 2010, 16.00 Uhr

Eine Abgabe des Angebotes in elektronischer Form ist nicht möglich.

(k) Die Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen (§ 14):

entfällt

(l) Die wesentlichen Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:

Besondere Vertragsbedingungen, Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL/B)

(m) Die mit dem Angebot vorzulegenden Unterlagen (§ 7 Nr. 4), die ggf. vom Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers (§ 2) verlangt werden:

Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit folgende Angaben zu machen:

- 1. Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung für ein Mietwagenunternehmen. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt des Eingangs des Angebotes bei der Vergabestelle nicht älter als ein halbes Jahr sein.**
- 2. Sofern zutreffend: Benennung der vorgesehenen Nachunternehmer. Ein Bewerber kann sich zum Nachweis der Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen (Nachunternehmer) bedienen. In einem solchen Fall sind Art und Umfang der Leistungen der Nachunternehmer möglichst detailliert anzugeben. Es sind sämtliche geforderten Nachweise und Erklärungen entsprechend der Art und des Umfangs des Nachunternehmereinsatzes für die Nachunternehmer vorzulegen. Ferner ist mit dem Angebot nachzuweisen, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel der Nachunternehmer im Auftragsfall zur Verfügung stehen, was z. B. durch eine Verpflichtungserklärung geschehen kann. Gesellschaftsrechtlich verbundene Unternehmen werden wie Nachunternehmer behandelt. Die verlangten Nachweise und Erklärungen sind grundsätzlich vollständig mit dem Angebot vorzulegen, was auch gilt, soweit auf Nachunternehmer zurückgegriffen wird. Das Fehlen eines Nachweises kann zum Ausschluss führen. Eine fristgebundene Nachforderung fehlender Nachweise und eine entsprechende Aufforderung, die Nachweise für die vorgesehenen Nachunternehmer zu ergänzen, bleibt der Vergabestelle vorbehalten.**

3. **Sofern zutreffend: Benennung der Mitglieder der Bietergemeinschaft sowie Bezeichnung eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigter Vertreter. Die vorstehend geforderten Nachweise, Eigenerklärungen und Darstellungen sind jeweils für jedes einzelne Mitglied einer Bietergemeinschaft mit dem Angebot vorzulegen.**
4. **Referenzen über die wesentlichen in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren erbrachten einschlägigen Leistungen (Mietwagen mit Fahrern) in Tabellenform mit Angabe der Auftraggeber, des Leistungsumfangs/-volumens (Fahrkilometer, Anzahl der Fahraufträge sowie eingesetztes Personal), des Zeitraumes sowie eines Ansprechpartners beim Auftraggeber (Name, Anschrift, Telefondurchwahl).**
5. **Vorlage von Personenprofilen der für die Erbringung der Leistung vorgesehenen Fahrer/innen. Hierbei sind für jede/n einzelne/n Fahrer/in aussagefähige Angaben zu machen bzw. soweit möglich Nachweise zu erbringen, insbesondere über**
 - **den Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis, eines aktuellen Personenbeförderungsscheins, einer VIP-Beförderungserlaubnis der französischen Präfektur sowie aller sonst notwendigen Lizenzen,**
 - **die Deutsch- und Französischkenntnisse,**
 - **die Ortskenntnisse in Straßburg und Umgebung einschließlich historischer und kultureller Gegebenheiten, sowie Kenntnis über Lage der europäischen und internationalen Institutionen,**
 - **die Erfahrung im Bereich der Beförderung von VIPs.**

(n) Zuschlags- und Bindefrist (§ 19):

30. September 2010

(o) Den besonderen Hinweis, dass der Bewerber mit der Abgabe seines Angebots auch den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (§ 27) unterliegt:

Der Bieter unterliegt mit der Abgabe seines Angebots auch den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote.